



Bianca Walther

## **Der Gleichlaufgrundsatz – Abkehr oder Rückkehr?**

Eine kritische Auseinandersetzung  
mit der Bestimmung der internationalen  
Zuständigkeit im Erbscheinsverfahren  
aus deutscher und europäischer Sicht

# Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einführung .....	15
A. Einleitung .....	15
I. Ausgangslage und Zielsetzung .....	16
II. Gang der Untersuchung .....	22
B. Erbfall und Zuständigkeit im Erbscheinsverfahren im inter- nationalen Kontext .....	23
I. Die Begriffe des internationalen Erbfalls und des internationalen Erbscheinsverfahrens .....	23
1. Der internationale Erbfall .....	24
a. Allgemeines .....	24
b. Staatsangehörigkeit .....	26
c. Wohnsitz und „Domicil/e“ .....	27
d. Aufenthalt .....	29
e. Belegenheit des Nachlasses und Nachlassspaltung .....	33
f. Sonstige Anknüpfungsmomente .....	35
2. Das internationale Erbscheinsverfahren .....	35
a. Allgemeines zum Erbschein und internationalen Erbscheins- verfahren .....	36
b. Internationale Zuständigkeit .....	39
II. Probleme mit dem internationalen Erbfall und dem internationalen Erbscheinsverfahren in der Praxis .....	42
1. Internationale Entscheidungsdivergenzen .....	43
2. Rechtsunsicherheit .....	44
3. Mangelnder Rechtsschutz aus Bürgersicht .....	45
4. Mangelnder Rechtsschutz aus staatlicher Sicht („forum shopping“) ..	46
III. Zusammenfassung .....	47
2. Teil: Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit im deutschen Erbscheinsverfahren .....	49
A. Fallbeispiel .....	49

B. Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit im deutschen Erbscheinsverfahren vor dem 1. September 2009 .....	51
I. Einführung.....	51
II. Der Gleichlaufgrundsatz.....	52
1. Der Gleichlaufgrundsatz in der Rechtsprechung.....	52
a. Ausgestaltung des Gleichlaufgrundsatzes.....	52
b. Ausnahmen vom Gleichlaufgrundsatz.....	53
aa. § 2369 BGB a.F.....	54
bb. Not- und Sicherungsmaßnahmen.....	55
cc. Grenze der „wesenseigenen Zuständigkeit“.....	56
c. Argumente für und gegen die Entwicklung des Gleichlaufgrundsatzes.....	56
aa. Rücksichtnahme auf die ausländische Jurisdiktion.....	58
(1) Begründung der Befürworter .....	58
(2) Kritik der Gegner .....	59
(3) Stellungnahme .....	62
bb. Praktische Erwägungen.....	64
(1) Begründung der Befürworter .....	64
(2) Kritik der Gegner .....	65
(3) Stellungnahme .....	67
cc. Verbindung von materiellem Recht und Verfahrensrecht .....	68
(1) Begründung der Befürworter .....	68
(2) Kritik der Gegner .....	69
(3) Stellungnahme .....	71
dd. Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Systematik von § 2369 BGB a.F., § 73 FGG a.F. und Art. 25 EGBGB a.F.....	71
(1) § 2369 BGB a.F.....	72
(a) Begründung der Befürworter.....	72
(b) Kritik der Gegner .....	73
(2) § 73 FGG a.F.....	75
(a) Begründung der Befürworter.....	75

(b) Kritik der Gegner .....	76
(3) Art. 25 EGBGB a.F. ....	77
(a) Begründung der Befürworter .....	77
(b) Kritik der Gegner .....	77
(4) Stellungnahme .....	78
ee. Ergebnis .....	79
d. Zusammenfassung .....	79
2. Der Gleichlaufgrundsatz in der Literatur .....	80
a. Der strenge Gleichlaufgrundsatz .....	80
b. Der gemäßigte Gleichlaufgrundsatz .....	81
aa. Argumente für und gegen die Entwicklung des gemäßigten Gleichlaufgrundsatzes .....	82
(1) Positive Funktion .....	82
(a) Begründung der Vertreter .....	82
(b) Kritik der Gegner .....	83
(2) Negative Funktion .....	84
(a) Begründung der Vertreter .....	84
(b) Kritik der Gegner .....	84
bb. Stellungnahme .....	85
c. Zusammenfassung .....	86
III. Bewertung des Systems .....	87
1. Vermeidung internationaler Entscheidungsdivergenzen .....	87
2. Rechtssicherheit .....	90
3. Rechtsschutz aus Bürgersicht .....	92
4. Rechtsschutz aus staatlicher Sicht .....	95
5. Sonstige bewertungsrelevante Umstände .....	97
6. Zusammenfassung .....	97
IV. Ergebnis .....	98
C. Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit im deutschen Erbscheinsverfahren nach dem 1. September 2009 .....	99
I. Einführung .....	99

II. Die örtliche Zuständigkeit als maßgeblicher Anknüpfungspunkt	
zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit .....	99
1. Das FamFG .....	99
2. Die für die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	
relevanten Normen .....	101
a. Grundsatz .....	101
aa. § 343 FamFG .....	102
(1) Allgemeines .....	102
(2) Die verschiedenen Zuständigkeitskriterien .....	104
(a) § 343 Abs. 1 FamFG .....	104
(b) § 343 Abs. 2 und 3 FamFG .....	106
bb. § 344 FamFG .....	108
b. Ausnahmen und Einschränkungen .....	109
aa. § 2369 BGB .....	109
bb. Wesenseigene Zuständigkeit .....	111
cc. Mögliche Einschränkung der Neuregelung .....	112
(1) Art der Einschränkung und Begründung für eine solche .....	112
(2) Kritik an der Forderung nach einer Einschränkung .....	114
(3) Stellungnahme .....	115
3. Argumente für und gegen die Neuregelung .....	117
a. Rücksichtnahme auf die ausländische Jurisdiktion .....	117
aa. Begründung für die Neuregelung .....	117
bb. Kritik an der Neuregelung .....	118
cc. Stellungnahme .....	120
b. Praktische Erwägungen .....	121
aa. Begründung für die Neuregelung .....	121
bb. Kritik an der Neuregelung .....	122
cc. Stellungnahme .....	123
c. Gesetzesuniformität .....	124
aa. Begründung für die Neuregelung .....	124
bb. Kritik an der Neuregelung .....	125

cc. Stellungnahme .....	125
d. Möglichkeit der gegenständlichen Beschränkung nach § 2369 BGB .....	125
aa. Begründung für die Neuregelung .....	125
bb. Kritik an der Neuregelung .....	127
cc. Stellungnahme .....	128
e. Ergebnis.....	128
4. Zusammenfassung.....	129
III. Bewertung.....	130
1. Vermeidung internationaler Entscheidungsdivergenzen .....	130
2. Rechtssicherheit .....	132
3. Rechtsschutz aus Bürgersicht .....	135
4. Rechtsschutz aus staatlicher Sicht .....	137
5. Sonstige bewertungsrelevante Umstände .....	138
6. Zusammenfassung.....	139
IV. Ergebnis.....	139
D. Vergleich der alten und neuen deutschen Regelung.....	140
I. Vermeidung internationaler Entscheidungsdivergenzen .....	140
II. Rechtssicherheit.....	144
III. Rechtsschutz aus Bürgersicht.....	147
IV. Rechtsschutz aus staatlicher Sicht.....	148
V. Sonstiges.....	149
VI. Ergebnis.....	151
E. Zusammenfassung.....	151
3. Teil: Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach dem ErbVO-E2009 mit Diskussion der Rechtsgrundlage und Überblick über die wesentlichen Vorschriften aus Sicht des ErbVO-E2009 und ErbVO .....	155
A. Einführung und Überblick .....	155
I. Entwicklungsprozess.....	156
II. Rechtliche Grundlage für den Erlass der ErbVO .....	157
1. Kompetenzgrundlage .....	158

a. Art. 81 AEUV als Kompetenzgrundlage .....	158
b. Haupteinwände gegen Art. 81 AEUV als Kompetenzgrundlage .....	160
aa. Mangelnder Binnenmarktbezug und mangelnde Binnenmarktfunktionalität .....	160
bb. Mangelnde Regelungsbefugnis für Drittstaatsverhalte .....	163
c. Ergebnis.....	165
2. Prinzipien der begrenzten Einzelermächtigung, Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.....	165
3. Ergebnis .....	166
III. Überblick über die einzelnen Regelungsbereiche im ErbVO-E2009 und in der ErbVO .....	167
1. Kapitel I: Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen .....	167
a. Anwendungsbereich.....	168
b. Begriffsbestimmungen.....	174
c. Nicht berücksichtigte Bereiche .....	177
2. Kapitel III: Anzuwendendes Recht.....	180
a. Nachlassseinheit.....	180
b. Anknüpfungspunkt.....	183
aa. Gewöhnlicher Aufenthalt als Anknüpfungspunkt.....	183
bb. Erweiterung der Anknüpfung in der ErbVO .....	191
c. Rechtswahl .....	193
d. Universelle Anwendung und Renvoi.....	196
e. Sonstige Regelungen.....	198
3. Kapitel IV und V: Anerkennung, Annahme und Vollstreckung .....	200
a. Entscheidungen .....	200
b. Öffentliche Urkunden .....	202
4. Kapitel VI: Europäisches Nachlasszeugnis .....	208
5. Kapitel VII: Allgemeine und Schlussbestimmungen .....	218
6. Zusammenfassung.....	220
B. Die Regelungen zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit.....	221
I. Ausgestaltung.....	221

II. „Ausnahmen“ und verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	222
1. Verweisung, Art. 5 ErbVO-E2009 .....	223
2. Restzuständigkeit, Art. 6 ErbVO-E2009 .....	225
3. Widerklage, Art. 7 ErbVO-E2009 .....	227
4. Hilfszuständigkeit für erbrechtliche Erklärungen, Art. 8 ErbVO-E2009 .....	228
5. Hilfszuständigkeit für sachenrechtliche Maßnahmen, Art. 9 ErbVO-E2009 .....	229
6. Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen, Art. 15 ErbVO-E2009 .....	230
7. Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	231
8. Zusammenfassung .....	235
III. Argumente für und gegen die Regelung im ErbVO-E2009 .....	235
1. Praktische Erwägungen .....	236
a. Begründung für das europäische Gleichlaufsystem .....	236
b. Kritik am europäischen Gleichlaufsystem .....	238
c. Stellungnahme .....	240
aa. Stellungnahme zum Gleichlauf .....	240
bb. Stellungnahme zum Kriterium des gewöhnlichen Aufenthalts .....	241
(1) Rechtsprechung des EUGH .....	243
(2) Definitionsansätze .....	246
(3) Abschließende Stellungnahme .....	253
cc. Zusammenfassung der Stellungnahmen .....	255
2. Rücksichtnahme auf die Verbindung von materiellem Recht und Verfahrensrecht in den Mitgliedstaaten .....	255
a. Begründung für das europäische Gleichlaufsystem .....	255
b. Kritik am europäischen Gleichlaufsystem .....	256
c. Stellungnahme .....	256
3. Konformität mit anderen europäischen Verordnungen .....	257
a. Begründung für das europäische Gleichlaufsystem .....	257
b. Kritik am europäischen Gleichlaufsystem .....	257



c. Stellungnahme.....	258
4. Vielschichtiges Ausnahmensystem.....	259
a. Begründung für das europäische Gleichlaufsystem.....	259
b. Kritik am europäischen Gleichlaufsystem.....	260
c. Stellungnahme.....	263
5. Ergebnis.....	265
C. Bewertung.....	266
I. Vermeidung internationaler Entscheidungsdivergenzen.....	266
II. Rechtssicherheit.....	270
III. Rechtsschutz aus Bürgersicht.....	272
IV. Rechtsschutz aus staatlicher Sicht.....	276
V. Sonstige bewertungsrelevante Umstände.....	278
VI. Zusammenfassung.....	279
D. Zusammenfassung und Ergebnis.....	279
4. Teil: Zusammenführung des deutschen und des europäischen Systems.....	283
A. Vermeidung internationaler Entscheidungsdivergenzen.....	283
B. Rechtssicherheit.....	294
C. Rechtsschutz aus Bürgersicht.....	298
D. Rechtsschutz aus staatlicher Sicht.....	300
E. Sonstiges.....	302
F. Ergebnis.....	303
5. Teil: Übertragung der gewonnenen Erkenntnisse auf die ErbVO.....	307
A. Der gewöhnliche Aufenthalt nach der ErbVO.....	307
B. Die Vorschriften zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit.....	309
I. Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach der ErbVO....	310
II. Auswirkungen auf die Kritik am ErbVO-E2009 und die Erkenntnisse des vierten Teils.....	315
III. Zusammenfassung.....	318
C. Fazit.....	319
6. Teil: Abschlussbetrachtung.....	321
Literaturverzeichnis.....	331